

Einwände durch den Ausschuss noch möglich

+Stadtverordnetenversammlung

Protokoll Nr. STV/01/2020

**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung am 24.02.2020,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls, Lübecker Str. 8**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 00:02 Uhr

Anwesend

Stadtverordnete

Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Herr Oliver Böge
Frau Doris Brandt
Herr Claas-Christian Dähnhardt
Herr Jürgen Eckert bis TOP 11
Herr Peter Egan
Herr Uwe Gaumann
Herr Rolf Griesenberg bis TOP 12
Frau Susanna Hansen
Herr Timo Hennig
Herr Volkmar Kleinschmidt
Frau Cordelia Koenig
Herr Markus Kubczigk
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Frau Nadine Levenhagen bis TOP 12
Frau Susanne Lohmann
Herr Horst Marzi
Herr Ali Haydar Mercan
Herr Marcus Olszok
Herr Andreas Plässer bis TOP 11
Herr Jochen Proske bis TOP 11
Herr Bela Randschau
Herr Bernd Röper
Herr Wolfgang Schäfer
Frau Kristin Schilling
Frau Karen Schmick
Herr Christian Schmidt
Herr Erik Schrader bis TOP 12
Herr Christian Schubbert-von Hobe
Herr Wolfdietrich Siller
Herr Dr. Detlef Steuer
Herr Benjamin Stukenberg

Herr Michael Stukenberg
Frau Silke von Stockum
Herr Nils Warnick
Herr Roland Wilde
Frau Alessandra Wolf

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Christof Schneider
Herr Daniel Goetz

Herr Özge Mercan

Frau Jule Niehus

Seniorenbeirat - bis TOP 19
Kinder- und Jugendbeirat - bis
TOP 15
Kinder- und Jugendbeirat bis
TOP 15
Kinder- und Jugendbeirat - bis
TOP 15

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Frau Imke Bär
Herr Marcel Grindel
Herr Peter Kania
Frau Annette Kirchgeorg
Frau Birgit Reuter

Personalrat - bis 23:25 Uhr

Protokollführerin

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Matthias Stern

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
4. Einwohnerfragestunde
5. Festsetzung der Tagesordnung
6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.10/2019 vom 16.12.2019
7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 7.1. Berichte gem. § 45 c GO — k e i n e —
 - 7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 7.2.1. Finanzbericht Nr. 02/2020
8. Verpflichtung, Ehrung und Verabschiedung von Stadtverordneten
 - 8.1. Nachrücken eines Stadtverordneten (Herr Böge) **2019/164**
 - 8.2. Nachrücken eines Stadtverordneten (Frau Wolf) **2020/015**
 - 8.3. Ehrung und Verabschiedung von Stadtverordneten
9. Antrag auf Umbesetzung von Ausschüssen
 - 9.1. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen (SOA) **AN/011/2020**
 - 9.2. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen (BKSA) **AN/012/2020**
 - 9.3. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen (UA)
 - 9.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Umbesetzung von Ausschüssen **AN/015/2020**
 - 9.5. Antrag der FDP-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen **AN/020/2020**
10. Fortschreibung Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept Innenstadt/Schlossbereich **2019/168**

11.	Stormarnplatz - Errichtung einer Tiefgarage und eines urbanen Stadtparks	2018/115/4
12.	Provisorischer Parkplatz auf dem Stormarnplatz	
12.1.	Antrag der CDU Fraktion "Provisorische Herstellung des Parkplatzes auf dem Stormarnplatz bis Beginn der Baumaßnahme Hamburger Straße" (AN 128/2019)	
12.2.	Provisorischer Parkplatz auf dem Stormarnplatz	2020/011/1
13.	Durchführung der Stadtfeste 2020 – 2022 - Grundsatzbeschluss	2019/172
14.	Schulentwicklungsplanung der Stadt Ahrensburg für die Jahre 2019 bis 2023	2019/170/1
15.	1. Änderungssatzung über die Nutzung des Archivs der Stadt Ahrensburg	2019/145
16.	Landschaftsplan - Kenntnisnahme der Abwägung der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit 2016 - Kenntnisnahme der Abwägung der eingeschränkten Beteiligung der Behörden 2020 - Abschließender Beschluss	2020/005
17.	Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gem. § 95 d GO für PSK 11155.5431020.8810.5 (An der Strusbek 23 - sonst. Geschäftsaufwendungen/Erstattung an den Bauhof)	2019/171
18.	Verkaufsoffene Sonntage 2020	2019/117
19.	Bericht über die Annahme von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen gem. § 76 Abs. 4 Satz 5 GO	2020/001

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Bürgermeister Wilde begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Anschließend gedenken die Stadtverordneten in einer Gedenkminute an die Opfer des Anschlages in Hanau.

Bürgermeister Wilde führt aus, dass die Meinungsfreiheit ein sehr hohes Gut ist; in Bezug auf die elektronischen Medien in Ahrensburg jedoch die Grenzen der Fairness erreicht sind und er sich schützend vor die Stadtverordneten stellt, bzw. diese Anfeindungen scharf verurteilt.

Bürgermeister Wilde weist darauf hin, dass Fotos ohne Einverständnis sämtlicher Stadtverordneter in der Stadtverordnetenversammlung nicht gefertigt werden dürfen.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister Wilde stellt die Beschlussfähigkeit fest.

3. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

Der Beschluss kann aufgrund laufender Grundstücksverhandlungen noch nicht bekannt gegeben werden.

4. Einwohnerfragestunde

Ein **Vertreter des JuKi 42** moniert die Errichtung eines provisorischen Parkplatzes auf dem Stormarnplatz aufgrund von Einschränkungen der Nutzer der Skateranlage aber auch der Sondernutzungen für Flohmarktveranstaltungen etc. auf dem Stormarnplatz.

Der provisorische Parkplatz führe zu einer Zersplitterung der Ahrensburger Kulturlandschaft und zwar des Peter-Rantzau-Hauses, des JuKi 42 und des Bruno-Bröker-Hauses mit einer Minderung der Aufenthaltsqualität der Anlieger.

Bürgermeister Sarach führt aus, dass es sich lediglich um ein Provisorium zum Ersatz von Parkplätzen während der Bauphase handle und verweist auf die Beratung in der heutigen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung unter Tagesordnungspunkt 11.

Herr Dzubilla bittet um Auskunft, wo Ersatzparkplätze für die vom Investor gezahlte Ablösesumme in Höhe von 500.000 € für den Parkplatz Lindenhof bereitgestellt sind.

Bürgermeister Sarach erklärt, dass der Investor Ablösebeträge für den Bau von Ersatzparkplätzen gezahlt hat. Die Selbstverwaltung fasst Beschlüsse, zu welchem Zeitpunkt und welche Ersatzparkplätze bereitgestellt werden.

Herr Dzubilla führt aus, dass ein Ahrensburger Kaufmann privat für die Öffentlichkeit auf eigene Kosten und auf eigenes wirtschaftliches Risiko ein Parkhaus errichten wolle. Die Stadt dagegen beabsichtige den Bau einer Tiefgarage. Wer trägt das wirtschaftliche Risiko für diese Tiefgarage, die mit 8 Mio. € veranschlagt sei? Er bittet um die Namen der Beteiligten.

Bürgermeister Sarach führt aus, dass Voraussetzung für die Einrichtung eines Parkhauses die Schaffung von Baurecht und die Klärung der vergaberechtlichen Behandlung dieses Grundstücks ist. Bei einer mehrheitlichen Beschlussfassung der Selbstverwaltung für eine Tiefgarage, ist die Stadt verantwortlich.

Auf Anfrage des **Herrn Werning** zur Dauer der Baustelle in der Lohe mit Containern einschließlich Absperrung erklärt die Verwaltung, dass die Sondernutzung für die Baustelle zunächst bis Ende Februar beantragt worden ist, jedoch verlängert werden kann.

Herr Werning bittet zum aktuellen Planungsstand der Tiefgarage um Auskunft, wie weit die Tiefgarage aus der Erde herausragt.

Die Verwaltung erklärt, dass der Vorentwurf eine Erhöhung um 1,50 m vorsah, nach weiteren Überlegungen die Tiefgarage jedoch in Gefälle gelegt und somit ebenerdig ist. Ein Schlitz bzw. eine Öffnung ist anzulegen, eine Entscheidung erfolgt im Rahmen des Wettbewerbs.

Herr Werning bittet um Auskunft über ein Beispiel einer Tiefgarage mit einem oberirdischen Park. Seiner Auffassung dürfte die Tiefgarage erst einen Meter unter der Erdoberfläche beginnen, um einen Park mit Büschen zu garantieren. Er befürchtet dementsprechend erhebliche Mehrkosten.

Bürgermeister Sarach führt als Beispiel für eine Tiefgarage mit oberirdischem Park die Stadt Ostende an. Gegenstand der Diskussion ist die Gestaltung eines urbanen Parks, der in der Gesamtfläche über das hinausgeht, was von einer Tiefgarage unterbaut wird. Die Gestaltung im Detail einschließlich Beratung und Beschlussfassung erfolgt im Rahmen des Wettbewerbsverfahrens.

Herr Skowronnek hat Fragen zu der Vorlagen-Nr. 2018/115/3, insbesondere zur Vorsteuerabzugsberechtigung der Stadt Ahrensburg, zur 90-prozentigen Förderung der Freiraumgestaltung, zur Festvermietung von Tiefgaragenplätzen in der vorgeschlagenen Tiefgarage als auch zum Beginn des Baus der provisorischen Parkplätze auf dem Stormarnplatz. Die Verwaltung beantwortet die Fragen im Einzelnen. **Herr Skowronnek** plädiert für die Festlegung einer Obergrenze, um den oberen Kostenrahmen zu begrenzen.

Frau Brüning führt aus, dass durch die am 01.08.2020 neu in Kraft getretene Novellierung des KiTa-Gesetzes Familien mit mehr als einem Kind finanziell schlechter gestellt seien und bittet die Politik um konkrete Unterstützung. Es würde sich um Mehrkosten i. H. v. bis zu 500 € pro Familie handeln.

Bürgermeister Sarach verweist auf die Beratungen im Sozialausschuss mit der Darstellung des Stands der Verhandlungen und der Planungen insgesamt in der Stadt und im Verhältnis zum Kreis. Für die konkrete Umsetzung liegen noch nicht die Richtlinien des Landes vor. Der politische Wille in der Stadt ist zurzeit alles Erdenkliche zu leisten, was erforderlich ist.

Herr Siemers bedankt sich im Namen der Bürger aus dem Süden Ahrensburgs für die Verabschiedung des Landschaftsplanes.

Auf weitere Anfrage des **Herrn Siemers** führt die Verwaltung aus, dass bis zum voraussichtlichen Bau der S 4 im Jahr 2024, sämtliche städtische Projekte, die durch die Baumaßnahme S 4 tangiert sein könnten, ausgeführt sein sollten.

Herr Siemers bittet um Sachstand zu dem von ihm in der Einwohnerversammlung angeregten Mailsystem für städtische Bekanntmachungen.

Anmerkung der Verwaltung:

Es erfolgt ein erneuter Test durch die IT. Herrn Siemers wird entsprechend informiert.

Herr Knoll plädiert ausdrücklich dafür, dass der provisorische Parkplatz vor dem Ausbau der Hamburger Straße hergestellt ist.

Er befürchtet, dass oberhalb der Tiefgarage weder eine Bepflanzung mit Büschen noch mit Bäumen möglich sei.

Eine Einwohnerin aus Ahrensburg plädiert für weniger Autos und weniger Parkplätze in der Innenstadt.

Eine Einwohnerin aus der Klaus-Groth-Straße befürwortet eine verkehrsfreie Innenstadt und nicht „das letzte Grün aus der Stadt zu beseitigen“. Warum konzentriert sich die Stadt Ahrensburg nicht darauf, als eine der ersten Städte die PKW-Plätze außerhalb der Stadt bereit zu stellen?

Bürgermeister Sarach führt aus, dass sich die Stadt zur Attraktivierung der Innenstadt für die Aufnahme in das Städtebauförderprogramm beworben hat. Die Stadt ist dabei, dieses Programm in den nächsten Jahren umzusetzen.

5. Festsetzung der Tagesordnung

Der Antrag des Ausschussmitglieds Egan den Tagesordnungspunkt 12.2 „Provisorischer Parkplatz auf dem Stormarnplatz“ vor dem Tagesordnungspunkt 12.1 „Antrag der CDU Fraktion Provisorische Herstellung des Parkplatzes auf dem Stormarnplatz bis Beginn der Baumaßnahme Hamburger Straße“ zu behandeln, wird mehrheitlich abgelehnt.

Die Stadtverordneten stimmen der Beratung des Tagesordnungspunktes Grundstücksangelegenheit Vorlagen-Nr. 2020/010 in nicht öffentlicher Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Stadtverordneten gem. § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Die Stadtverordneten stimmen anschließend der mit Einladung vom 12.02.2020 versandten Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

6. Einwände gegen die Niederschrift Nr.10/2019 vom 16.12.2019

Einwände gegen die Niederschrift bestehen nicht.

7. Berichte/Mitteilungen des Bürgermeisters

7.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *k e i n e* —

7.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

7.2.1. Finanzbericht Nr. 02/2020

Siehe Anlage.

8. Verpflichtung, Ehrung und Verabschiedung von Stadtverordneten

2019/164

8.1. Nachrücken eines Stadtverordneten (Herr Böge)

Herr Oliver Böge wird vom Bürgervorsteher in sein Amt eingeführt und per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten verpflichtet.

8.2. Nachrücken eines Stadtverordneten (Frau Wolf)

Frau Alessandra Wolf wird vom Bürgervorsteher in ihr Amt eingeführt und per Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung verpflichtet.

8.3. Ehrung und Verabschiedung von Stadtverordneten

Bürgermeister Wilde bedankt sich im Namen der Selbstverwaltung bei Herrn Hinrich Schmick für sein 25-jähriges kommunalpolitisches Engagement im Februar 2020 als Stadtverordneter und Bürgerliches Mitglied. Herr Hinrich Schmick wird für sein Engagement mit der Anpflanzung eines Baumes geehrt. Die Ehrung findet am 23.04.2020 um 10:00 Uhr in der Grünanlage westlich der Kastanienallee zwischen Spielplatz Schäferweg und Wohnblöcke statt.

Herr Leon Rathje hat sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt. Bürgermeister Wilde bedankt sich im Namen der Selbstverwaltung bei Herrn Rathje für sein kommunalpolitisches Engagement, insbesondere als Stadtverordneter und als Ausschussmitglied im Bildungs-, Kultur- und Sportausschuss und in weiteren Ausschüssen.

9. Antrag auf Umbesetzung von Ausschüssen

AN/011/2020

9.1. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen (SOA)

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag AN/011/2020 auf Umbesetzung von Ausschüssen einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

9.2. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen (BKSA)

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag AN/012/2020 auf Umbesetzung von Ausschüssen einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

9.3. Antrag der CDU-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen (UA)

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag AN/013/2020 auf Umbesetzung von Ausschüssen einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

9.4. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Umbesetzung von Ausschüssen

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag AN/015/2020 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Umbesetzung von Ausschüssen einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

9.5. Antrag der FDP-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen

Die Stadtverordneten stimmen dem Antrag AN/020/2020 der FDP-Fraktion auf Umbesetzung von Ausschüssen einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

10. Fortschreibung Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept Innenstadt/Schlossbereich

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Kubczigk hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion führt aus, dass die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen wird, da aufgrund von Personalengpässen Projekte - mit Verweis auch auf den Bericht des Landesrechnungshofes - nicht mehr umgesetzt werden können. Darüber hinaus beinhalte das städtebauliche Entwicklungskonzept ein Kulturzentrum an dem von der FDP-Fraktion vorgesehenen Standort für ein Parkhaus. Ein Bedarf für die Einrichtung eines Ratssaals sieht die FDP-Fraktion nicht.

Stadtverordneter Gaumann plädiert im Namen der CDU-Fraktion für die Fortschreibung des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes Innenstadt/Schlossbereich, unter anderem auch für den Bau eines Kulturzentrums auf der Grandfläche des Stormarnplatzes, zumal Bücherei und VHS an die Grenzen ihrer Räumlichkeiten kämen und eine 90-prozentige Förderung für das Kulturzentrum in Aussicht gestellt werde. Ziel des Beschlussvorschlages sei zunächst die fristgemäße Stellung eines Förderantrages, auch unter Berücksichtigung der Möglichkeit einer Aufhebung des Antrags. Es handele sich um eine Vorlage der Verwaltung, die einschätzen könne, was sie an Projekten bewältige.

Stadtverordneter Randschau führt aus, dass die SPD-Fraktion dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen wird. Im Hinblick auf die Probleme der Umsetzbarkeit von Projekten einschließlich deren Finanzierung würden mit diesem Beschlussvorschlag falsche Erwartungen geweckt.

Stadtverordneter Schrader stimmt im Namen der Fraktion Die Linke. zwar einem Kulturzentrum mit VHS und Bücherei ausdrücklich zu, moniert jedoch deren Errichtung auf der Grandfläche des Stormarnplatzes, die von der Fraktion Die Linke. als Fläche für ein Parkhaus vorgesehen sei. Aus diesem Grund wird die Fraktion Die Linke. dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Stadtverordneter Egan stimmt im Namen der WAB-Fraktion dem Beschlussvorschlag der Fortschreibung integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept Innenstadt/Schlossbereich zu. Er befürwortet ein Zentrum für lebenslanges Lernen mit einer modernen Bücherei und VHS neben dem JuKi und verweist auch auf die Chance der Stadt einer 90-prozentigen Förderung für dieses Projekt.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete N. Levenhagen und Mercan.

Anschließend wird wie folgt über den nachfolgenden Beschlussvorschlag abgestimmt:

„Die vorbereitenden Untersuchungen mit integriertem städtebaulichem Entwicklungskonzept Innenstadt/Schlossbereich (Vorlagen-Nr. 2017/142/2) werden gemäß Kapitel A 5.6.4 der Städtebauförderrichtlinie SH 2015 in Verbindung mit dem Inhalt der **Anlage 1 zur Vorlagen-Nr. 2019/168** fortgeschrieben.“

**Abstimmungsergebnis: 25 dafür
14 dagegen**

11. Stormarnplatz - Errichtung einer Tiefgarage und eines urbanen Stadtparks

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bau- und Planungsausschusses Herr Kubczigk hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter D. Levenhagen plädiert im Namen der CDU-Fraktion für die Errichtung einer Tiefgarage und eines urbanen Stadtparkes auf dem Stormarnplatz. Mit der Errichtung einer Tiefgarage und keines Parkhauses müssten keine Bäume gefällt werden, der bestehende Sportplatz bleibe erhalten, ein tatsächlicher Rückbau des sich nicht städtebaulich einfügenden Parkhauses durch den Investor sei nicht garantiert. Die Tiefgarage sei Voraussetzung für eine autofreie Innenstadt und befinde sich auch gerade im Hinblick auf gehbehinderte Menschen näher zur Innenstadt. Die Tiefgarage werde ebenerdig gebaut.

Stadtverordneter Randschau lehnt im Namen der SPD-Fraktion die Errichtung einer Tiefgarage ab und plädiert für ein Parkhaus. Die Errichtung eines Parkhauses sei kostengünstiger und wirtschaftlicher. Die geringeren Kosten für ein Parkhaus würden sich auf niedrigere Parkgebühren auswirken. An dem Standort der geplanten Tiefgarage sollte ein „richtiger Stadtpark“ gebaut werden. Die Tiefgarage erfordert eine Entlüftung mit entsprechenden Schlitzen, die nicht vereinbar seien mit einem urbanen Park.

Stadtverordneter Egan plädiert im Namen der WAB-Fraktion für die Errichtung einer Tiefgarage mit einem urbanen Stadtpark, da sich die Tiefgarage 150-200 m näher an der Innenstadt und diese sich auf einer Ebene befinde im Gegensatz zu einem Parkhaus mit sechs bis sieben Etagen. Das Bauveld für das Parkhaus sollte stattdessen für die Gemeinbedarfseinrichtung „Kultur“ zur Verfügung gestellt werden. Die Parkgebühren würden durch den Investor bestimmt und können entsprechend, wie auch die Erfahrung mit einem anderen Parkhaus in Ahrensburg zeigen würden, angepasst werden. Bei Privatisierung habe die Stadt keine Kontrolle mehr über die Gebührenstruktur als auch der Vermietung der Stellplätze als Dauermietplätze.

Stadtverordneter Schrader lehnt im Namen der Fraktion Die Linke. die Schaffung von zusätzlichen Parkplätzen weder als Parkhaus noch als Tiefgarage in der Innenstadt ab und befürwortet stattdessen den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs und der Radwege.

Stadtverordneter Kubczigk von der SPD-Fraktion plädiert für die wesentlich kostengünstigere Lösung eines mehrstöckigen Parkhauses in Modulbauweise, welches durch eine Begrünung städtebaulich eingebunden und mit einem geringeren Aufwand als eine Tiefgarage zurückgebaut werden könne.

Stadtverordneter Schäfer von der FDP-Fraktion spricht sich ebenfalls für die Errichtung eines Parkhauses aus, da ein Parkhaus in Modulbauweise wesentlich günstiger sei als eine Tiefgarage und die Bauzeit geringer ausfallen würde.

Stadtverordneter Mercan von der Fraktion Die Linke. bezweifelt die Aufenthaltsqualität bedingt durch die für die Tiefgarage erforderliche Entlüftung.

Stadtverordnete N. Levenhagen spricht sich im Namen von Bündnis 90/Die Grünen gegen die Errichtung eines Parkhauses aus, da keine Bereitschaft bestehe, dieses Grundstück in zentraler Lage an Dritte zu veräußern. Bündnis 90/Die Grünen sprechen sich für mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität in der Innenstadt aus und haben sich entsprechend für ein alternatives Mobilitätskonzept mit IOKI eingesetzt und der Bereitstellung von 100.000 € für die Verbesserung der Radverkehrsverbindungen im Stadtgebiet. Nach Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen sollten für den ruhenden Verkehr Parkplätze in der Tiefgarage des Stormarnplatzes bereitgestellt werden, um eine grüne Innenstadt zu gewährleisten. Darüber hinaus haben sich Bündnis 90/Die Grünen für weniger Parkplätze im Rahmen des Ausbaus der Hamburger Straße zum Flanieren eingesetzt. Mit diesem Beschluss in der heutigen Sitzung erfolge erst der Beginn eines hochbaulichen Realisierungswettbewerbs. Wenn die Ergebnisse des Realisierungswettbewerbs vorliegen, stimmen die Stadtverordneten endgültig darüber ab, ob sie die Tiefgarage auf diese Weise errichten wollen.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion plädiert für die Errichtung einer Tiefgarage mit einem urbanen Stadtpark. Das Grundstück für ein Parkhaus befinde sich in bester Lage der Stadt und sollte für andere Zwecke verwendet werden. Darüber hinaus erfolge der Beschluss über den Bau der Tiefgarage erst im Rahmen des Realisierungswettbewerbs.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion ist der Auffassung, dass das mehrstöckige Parkhaus in Modulbauweise mit einem geringeren Aufwand zurückgebaut werden könne, die Tiefgarage sei unmöglich wieder „abzureißen“. Durch den hohen Unterhaltungsaufwand der Tiefgarage würden erhebliche Folgekosten auf die Stadt zukommen. Er hält den Park auf der Tiefgarage für nicht umsetzbar. Die Aufenthaltsqualität würde durch Lärm und Abgase der Autos leiden.

Stadtverordneter D. Levenhagen von der CDU-Fraktion führt aus, dass nicht nur eine europaweite Ausschreibung für die Vergabe des Grundstücks „Parkhaus“ erforderlich sei, sondern darüber hinaus in diesem Bereich erst Baurecht für ein Parkhaus mit einem entsprechenden B-Planverfahren geschaffen werden müsse.

Stadtverordneter Randschau von der SPD-Fraktion bezweifelt die Erforderlichkeit einer europaweiten Ausschreibung im Hinblick auf die Anhandgabe von Grundstücken in anderen Bereichen im Stadtgebiet.

Der Kinder- und Jugendbeirat plädiert für die Errichtung eines Parkhauses und gegen eine Tiefgarage und wünscht sich eine Grünfläche mit Bäumen bepflanzt im Bereich Peter-Rantzau-Haus, Bruno-Bröker-Haus und JuKi 42.

Stadtverordneter Mercan verlangt im Namen der Fraktion Die Linke. eine namentliche Abstimmung.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Schäfer, Griesenberg, Proske und Bellizzi.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2018/115/4 wie folgt zu:

1. Grundsatzbeschluss zum Bau einer Tiefgarage (TGa) mit rd. 240 Stellplätzen unterhalb der bestehenden Mehrzweckfläche zwischen den Kunstrasenplätzen und dem Rathaus gemäß der Vorzugsvariante aus den beiden Gutachten „Machbarkeitsstudie TGa Stormarnplatz“ (**Anlage 1 der Vorlagen-Nr. 2018/115/4**) und „Variantendiskussion: Stellplatzanlage auf dem Stormarnplatz“ (**Anlage 4 der Vorlagen-Nr. 2018/115/4**).
2. Bau eines Urbanen Parks mit Bewegungsangeboten für unterschiedliche Altersgruppen, einschließlich Integration einer Skateanlage auf der Tiefgarage oder gleichem Standort des Stormarnplatzes.
3. Konkretisierung der Gestaltung der Baukörper und Freianlagen sowie Zu- und Abfahrten im Rahmen eines hochbaulichen Realisierungswettbewerbes.
(**Anlage 5, 6 der Vorlagen-Nr. 2018/115/4**)

Abstimmungsergebnis: **24 dafür**
 14 dagegen
 1 Enthaltung

Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung ist als Anlage beigelegt.

Stadtverordneter Eckert beantragt aufgrund der fortgeschrittenen Zeit Schluss der Sitzung. Nach Diskussion wird dem Antrag auf Schluss der Sitzung mit der erforderlichen Mehrheit abgelehnt.

12. Provisorischer Parkplatz auf dem Stormarnplatz

12.1. Antrag der CDU Fraktion "Provisorische Herstellung des Parkplatzes auf dem Stormarnplatz bis Beginn der Baumaßnahme Hamburger Straße" (AN 128/2019)

2020/011/1

12.2. Provisorischer Parkplatz auf dem Stormarnplatz

Stadtverordneter und Vorsitzender des Umweltausschusses Herr Schmidt hält den Sachvortrag.

Stadtverordneter D. Levenhagen stellt im Namen der CDU-Fraktion den nachfolgenden Antrag (AN/128/2019): „Der Umweltausschuss möge beschließen, dass der provisorische Parkplatz auf dem Stormarnplatz bis zum Beginn der Baumaßnahme in der Hamburger Straße fertiggestellt ist.“ Durch die Baumaßnahme in der Hamburger Straße würden 54 Parkplätze wegfallen und müssten kompensiert werden; gerade die lange Umbauphase der Hamburger Straße bereite den Einzelhändlern große Sorgen. Die Innenstadt müsse weiterhin gut erreichbar sein, damit der Einzelhandel während der Umbauphase keine Umsatzrückgänge verzeichne.

Stadtverordneter Dr. Steuer von der WAB-Fraktion stellt im Namen der WAB-Fraktion folgenden Änderungsantrag (AN/017/2020) zur Vorlagen-Nr. 2020/011/1 „Provisorischer Parkplatz auf dem Stormarnplatz“: „Bei der Umsetzung der Errichtung des provisorischen Parkplatzes sind gem. Anlage 4 der Vorlagen-Nr. 2020/11/1 im Detail Änderungen vorzunehmen, die die Belastung für das Peter-Rantzau-Haus reduzieren. Die dem Antrag (AN/017/2020) beiliegende Skizze soll helfen, die Idee zu veranschaulichen.“

Ziffer 1: Im Einzelnen wird beantragt am südlichen Ende einzelne Stellplätze zu reduzieren, sodass von der Terrasse des Peter-Rantzau-Hauses ein Abstand von ca. zehn Metern eingehalten wird. Diese Stellplätze können nach Rücksprache mit der Verwaltung im Norden an das bestehende Stellplatzschema angesetzt werden. In den Mittelreihen müssen dafür zwei oder drei Plätze weggenommen werden, in der östlichen Reihe vermutlich drei. Die Zufahrt von Süden wird so modifiziert, dass sie nicht derart ausgeweitet wird, sondern ebenfalls möglichst großen Abstand vom Peter-Rantzau-Haus hält. Diese Zufahrt sollte so weit wie möglich im Westen liegen und nur so breit wie eben nötig sein. So wird auch die Chance auf eine versehentliche Nutzung der Einfahrt gegen die erlaubte Fahrtrichtung reduziert. Die Gesamtzahl der Stellplätze wird +/-1 erhalten.

Des Weiteren beantragt Dr. Steuer im Namen der WAB-Fraktion im Rahmen der Ziffer 2 des Antrages AN/017/2020, den Übergang Grauer Esel über die Einfahrt von Süden ergänzend oder alternativ mit einem Zebrastreifen zu sichern.

Gegen diesen Antrag hat sich laut Stellungnahme der Verwaltung die Polizei und Verkehrsaufsicht ausgesprochen. Voraussetzung für die Einrichtung eines Zebrastreifens ist eine ganztägige hohe Zahl an Nutzern.

Dies ist nach Einschätzung der zuständigen Stellen nicht gegeben. Außerdem ist durch den Ballfangzaun am Kreuzungsbereich eine Sichteinschränkung gegeben. Dies spricht dagegen den Nutzern des Wanderweges den Vorrang einzuräumen. Die erforderliche deutliche Abgrenzung des Wanderwegs von der Zufahrt des provisorischen Stellplatzes wird im Entwurf durch den Einbau von Pollern mit reflektierender Farbbeschichtung gesichert. Aufgrund der Stellungnahme zieht Stadtverordneter Dr. Steuer die Ziffer 2 seines Antrages AN 017/2020 zurück und stellt stattdessen den Antrag, diesen Bereich auf 10 km/h Schrittgeschwindigkeit zu beschränken.

Stadtverordneter Randschau spricht sich im Namen der SPD-Fraktion gegen die provisorischen Parkplätze auf dem Stormarnplatz aus, da die benachbarten Sportplätze, das Bruno-Bröker-Haus und das Peter-Rantzau-Haus durch Lärm und Staub durch den Parksuchverkehr belastet werden würden.

Frau Niehus vom Kinder- und Jugendbeirat plädiert für eine Erhaltung der Grünfläche auf dem Stormarnplatz und kritisiert die Errichtung eines provisorischen Parkplatzes.

Stadtverordneter Kleinschmidt von der CDU-Fraktion verweist auf die während der Baumaßnahme an der Reitbahn wegfallenden Parkplätze, die durch den provisorischen Parkplatz - auf der zurzeit auch durch die Bauarbeiten des Rathauses in Anspruch genommenen Rasenfläche - kompensiert werden sollten. Sobald die Parkplätze im Rahmen des Neubaus an der Reitbahn wieder existieren, werde das Provisorium aufgegeben. Die CDU-Fraktion wird dem Antrag der WAB-Fraktion mit einer Reduzierung der Belastung für das Peter-Rantzau-Haus zustimmen.

Stadtverordneter Schäfer erklärt im Namen der FDP-Fraktion, dass diese dem provisorischen Parkplatz auf dem Stormarnplatz zur Kompensation der wegfallenden Parkflächen zum Erhalt der Innenstadt zustimmen wird. Die FDP-Fraktion wird deshalb dem Antrag der WAB-Fraktion und dem Antrag der CDU-Fraktion zustimmen.

Stadtverordneter Schmidt von Bündnis 90/Die Grünen erklärt, dass Bündnis 90/Die Grünen dem Antrag der CDU-Fraktion nicht zustimmen wird, da dann keine ausreichenden Kompensationsmöglichkeiten für die Parkplätze an der Reitbahn mehr bestehen würden. Dem Antrag der WAB-Fraktion wird die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen im Hinblick auf die Berücksichtigung einer Entlastung des Peter-Rantzau-Hauses.

Stadtverordneter Schrader von der Fraktion Die Linke. moniert die Einrichtung einer Zu- und Abfahrt von der Klaus-Groth-Straße aufgrund des kreuzenden Fußgängerverkehrs von dem Umkleidehaus Bruno-Bröker-Haus und dem Sportplatz. Eine Zu- und Abfahrt zum provisorischen Parkplatz über die Klaus-Groth-Straße erhöhe zwangsläufig den Verkehr in der Klaus-Groth-Straße. Die Fraktion Die Linke. lehnt die Einrichtung des provisorischen Parkplatzes einschließlich deren Umsetzung ab.

Es folgen weitere Wortbeiträge durch Stadtverordnete Mercan, Koenig, Bellizzi und den Vorsitzenden des Kinder- und Jugendbeirats, Goetz.

Dem Antrag des Stadtverordneten D. Levenhagen auf fünfminütige Unterbrechung der Sitzung wird mit der erforderlichen Mehrheit zugestimmt.

Nach Unterbrechung der Sitzung stellt Stadtverordneter D. Levenhagen nachfolgenden geänderten Antrag der CDU-Fraktion „Der Umweltausschuss möge beschließen, dass der provisorische Parkplatz auf dem Stormarnplatz möglichst bis zum Beginn der Baumaßnahmen in der Hamburger Straße fertiggestellt ist.“

Die Stadtverordneten stimmen anschließend wie folgt über den Antrag ab:

Abstimmungsergebnis: 19 dafür
17 dagegen

Anschließend wird über nachfolgenden Antrag der WAB-Fraktion abgestimmt (AN/017/2020):

„Bei der Umsetzung der Errichtung des provisorischen Parkplatzes sind gem. Anlage 4 der Vorlagen-Nr. 2020/11/1 im Detail Änderungen vorzunehmen, die die Belastung für das Peter-Rantzau-Haus reduzieren. Die dem Antrag (AN/017/2020) beiliegende Skizze soll helfen, die Idee zu veranschaulichen.“

1. Am südlichen Ende werden einzelne Stellplätze reduziert, sodass von der Terrasse des Peter-Rantzau-Hauses ein Abstand von ca. zehn Metern eingehalten wird. Diese Stellplätze können nach Rücksprache mit der Verwaltung im Norden an das bestehende Stellplatzschema angesetzt werden. In den Mittelreihen müssen dafür zwei oder drei Plätze weggenommen werden, in der östlichen Reihe vermutlich drei. Die Zufahrt vom Süden wird so modifiziert, dass sie nicht derart aufgeweitet wird, sondern ebenfalls möglichst großen Abstand vom Peter-Rantzau-Haus hält. Diese Zufahrt sollte so weit wie möglich im Westen liegen und nur so breit wie eben nötig sein. So wird auch die Chance auf eine versehentliche Nutzung der Einfahrt gegen die erlaubte Fahrtrichtung reduziert. Die Gesamtzahl der Stellplätze wird +/-1 erhalten.
2. Im Bereich des Überganges „Grauer Esel“ über die Einfahrt von Süden wird der Verkehr auf 10 km/h beschränkt.“

Abstimmungsergebnis: 33 dafür
3 dagegen

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2020/011/1 unter Berücksichtigung der wie vor zugestimmten Anträge abgestimmt:

1. Der provisorische Parkplatz auf dem Stormarnplatz wird auf Grundlage des Entwurfes vom 18.02.2020 hergestellt.
2. Die Haushaltssperre in PSK 55100.0900001 – Projekt 251 für den Bau der provisorischen Parkplätze Stormarnplatz in Höhe von 80.000 € wird aufgehoben.
3. Die Unterhaltung erfolgt aus Mitteln der Grünflächenunterhaltung.
4. Auf dem provisorischen Parkplatz werden Parkgebühren gemäß Parkgebührenverordnung § 2 erhoben.
5. Einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 32.000 € gemäß § 95 d Gemeindeordnung wird zugestimmt. Die Deckung der erforderlichen zusätzlichen Mittel wird aus PSK 55100.0900002 Projekt 506 (Neubau der Wanderwegebrücke Nr. 12, Jungborn gewährleistet).

Abstimmungsergebnis: 26 dafür
8 dagegen
2 Enthaltungen

13. Durchführung der Stadtfeste 2020 – 2022 - Grundsatzbeschluss

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Die Fraktion Die Linke. stellt nachfolgenden Antrag AN/014/2020: „Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen, die mit der Durchführung beauftragte Organisation/Firma wird gebeten, das Stadtfest möglichst barrierearm zu gestalten. Dabei ist insbesondere folgendes zu beachten:

1. Die Kabelbrücken werden so gestaltet bzw. bei der Auswahl der Materialien wird beachtet, dass es z. B. für Menschen in Rollstühlen keine große Schwierigkeit darstellt, diese zu überqueren (z. B. Höhe und Form beachten).
2. Beim Aufbau des Stadtfestes wird beachtet, dass durch die Dichte der Stände keine unverhältnismäßigen Verengungen (insbesondere hinter den Ständen) entstehen, wo dann Menschen mit Mobilitätshilfen (Rollstühle, Gehwagen, Dreirädern, etc.) Schwierigkeiten haben durchzupassen.“

Stadtverordneter Bellizzi weist zum Teil auf die schwierige technische Realisierbarkeit im Rahmen der Durchsetzung des Antrags hin und beantragt durch den Zusatz „möglichst“ den von der Fraktion Die Linke. gestellten Antrag zu ändern. Stadtverordneter Mercan von der Fraktion Die Linke. übernimmt den Antrag der FDP-Fraktion in dem Antrag AN/014/2020.

Anschließend wird über den Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2019/172, der wie folgt lautet abgestimmt:

„Der Antrag des Ahrensburger Stadtforums vom 19.06.2019 wird grundsätzlich positiv beschieden für die Durchführung der jährlich stattfindenden Stadtfeste von 2020 bis 2022. Es wird gesondert, auf jedes Einzeljahr bezogen, ein konkreter Antrag auf Sondernutzung gestellt und eine entsprechende Erlaubnis auf Basis der Sondernutzungssatzung der Stadt Ahrensburg und deren Gebühren an öffentlichen Straßen in der Stadt Ahrensburg erteilt. Für die Sondernutzung wird eine pauschalisierte Gebühr in Höhe von bis zu 6.000 €, wie im Sachverhalt erläutert, erhoben.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Dann wird über den geänderten Antrag der Fraktion Die Linke., der wie folgt lautet, abgestimmt:

„Die mit der Durchführung beauftragte Organisation/Firma wird gebeten, das Stadtfest möglichst barrierearm zu gestalten. Dabei ist **möglichst** insbesondere folgendes zu beachten:

1. Die Kabelbrücken werden **möglichst** so gestaltet bzw. bei der Auswahl der Materialien wird beachtet, dass es z. B. für Menschen in Rollstühlen keine große Schwierigkeit darstellt, diese zu überqueren (z. B. Höhe und Form beachten).
2. Beim Aufbau des Stadtfestes wird beachtet, dass durch die Dichte der Stände keine unverhältnismäßigen Verengungen (insbesondere hinter den Ständen) entstehen, wo dann Menschen mit Mobilitätshilfen (Rollstühle, Gehwagen, Dreirädern, etc.) Schwierigkeiten haben durchzupassen.“

Abstimmungsergebnis: **Alle dafür**

14. Schulentwicklungsplanung der Stadt Ahrensburg für die Jahre 2019 bis 2023

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem nachfolgenden Beschlussvorschlag zu:

1. Die Schulentwicklungsplanung (SEP) der Stadt Ahrensburg für die Jahre 2019 bis 2023 (**Anlage 3 der Vorlagen-Nr. 2019/170/1**) wird (inkl. der Ergänzungen i. R. der Beratungen im BKSA - wie im Sachverhalt dargestellt) beschlossen. Soweit die Umsetzung der Einzelmaßnahmen mit Kosten verbunden ist, bedürfen diese einer gesonderten Beschlussfassung.
2. Der bedarfsgerechte Ausbau der Grundschulen Am Aalfang und Am Hagen - insbesondere für die nachschulische Betreuung - soll bis spätestens Ende 2024 erfolgen.
3. Sollte das Land noch ein Modellprojekt für die Einführung von gebundenen Ganztagschulen auflegen, wird die Stadt ihr Interesse bekunden und die Verwaltung wird beauftragt, eine gesonderte Vorlage zu diesem Thema dem BKSA zur Entscheidung vorzulegen.
4. Ein beschlussfähiges Sanierungs- und Erweiterungskonzept mit Zeitplan für das Schulzentrum am Heimgarten soll schnellstmöglich erstellt werden. Grundlage des Konzepts ist neben dem baulichen Zustand des Zentrums die erwartete Zunahme der Schülerzahlen um rund 250 bis zum Jahr 2023 sowie die zu erwartenden zusätzlichen Raumbedarfe aus der Umstellung auf G9.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

15. 1. Änderungssatzung über die Nutzung des Archivs der Stadt Ahrensburg

Stadtverordneter und Vorsitzender des Bildungs-, Kultur- und Sportausschusses Herr Schubbert-von Hobe hält den Sachvortrag.

Anschließend wird über nachfolgendem Beschlussvorschlag abgestimmt:

Der als **Anlage 1** der Vorlagen-Nr. 2019/145 beigefügten 1. Änderungssatzung der Satzung über die Nutzung des Archivs der Stadt Ahrensburg wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

16. Landschaftsplan

- Kenntnisnahme der Abwägung der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und der Öffentlichkeit 2016
- Kenntnisnahme der Abwägung der eingeschränkten Beteiligung der Behörden 2020
- Abschließender Beschluss

Stadtverordneter und Vorsitzender des Umweltausschusses Herr Schmidt hält den Sachvortrag.

Die Anlage 3 der Vorlagen-Nr. 2020/005 wurde ausgetauscht. In der Planzeichnung des Landschaftsplans (Anlage 3 Landschaftsplan 27.01.2020) wurde versehentlich eine ca. 1.000 m² große Fläche zeichnerisch falsch dargestellt. Innerhalb der bestehenden landwirtschaftlichen Grünlandfläche östlich des Vogelsangs ist hinter dem Grundstück Vogelsang 89 fälschlicherweise eine Parzelle als Wohnbebauung/Bestand eingezeichnet. Sie wird korrigiert in „Grünland/Bestand“. Die korrekte Anlage 3 ist auch dieser Niederschrift beigelegt.

Stadtverordneter Randschau wird sich bei der Beschlussfassung enthalten, da sich die Ausweisungen des F-Plans auch im Landschaftsplan niederschlagen würden.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten über den nachfolgenden Beschlussvorschlag einschließlich der wie vor ausgeführten ausgetauschten Anlage 3, die dieser Niederschrift beigelegt ist, zu:

1. Die Abwägung der öffentlichen Beteiligung 2016 und der eingeschränkten Beteiligung 2020 zum Landschaftsplan wird zur Kenntnis genommen und beschlossen.
2. Der Landschaftsplan mit Erläuterungsbericht und Empfehlungen zur Übernahme in den Flächennutzungsplan wird beschlossen.
3. Der Beschluss wird amtlich bekannt gemacht.

Abstimmungsergebnis: 29 dafür
4 Enthaltungen

17. Genehmigung von überplanmäßigen Aufwendungen gem. § 95 d GO für PSK 11155.5431020.8810.5 (An der Strusbek 23 - sonst. Geschäftsaufwendungen/Erstattung an den Bauhof)

Stadtverordneter und Vorsitzender des Finanzausschusses Herr Egan hält den Sachvortrag.

Anschließend stimmen die Stadtverordneten dem Beschlussvorschlag der Vorlagen-Nr. 2019/171 einstimmig zu:

„Beim PSK 11155.5431020.8810.5 (An der Strusbek 23/sonst. Geschäftsaufwendungen/Erstattung an den Bauhof) werden 33.000 € bereitgestellt, um den vertraglichen Verpflichtungen für das Rathaus-Nord gegenüber dem städtischen Bauhof bis zum Jahresende nachkommen zu können.“

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

18. Verkaufsoffene Sonntage 2020

Stadtverordneter und in der vergangenen Sitzung Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Egan hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordneten nehmen die Termine für die verkaufsoffenen Sonntage 2020 zur Kenntnis.

19. Bericht über die Annahme von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen gem. § 76 Abs. 4 Satz 5 GO

Stadtverordneter und in der vergangenen Sitzung Vorsitzender des Hauptausschusses Herr Egan hält den Sachvortrag.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den öffentlichen Bericht des Bürgermeisters über die Annahme oder Vermittlung von Spenden, Schenkungen oder ähnlichen Zuwendungen, die über 50 € hinausgehen, für das Jahr 2019 zur Kenntnis.

gez. Roland Wilde
Vorsitzender

gez. Birgit Reuter
Protokollführerin